



## **Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit im Bauwesen**

Stärkung der deutschen Position in der europäischen Baunormung

August 2018

- Eine aktive Beteiligung deutscher Stakeholder an der (europäischen) Normung ist essentiell und muss gefördert werden.
- Die öffentliche Hand muss ihre Einflussmöglichkeiten auf europäische Entscheidungsgremien verstärkt wahrnehmen.
- Der Gesetzgeber muss für rechtliche Klarstellungen und Planungssicherheit sorgen.
- Folgekostenabschätzungen für Normen dürfen nicht zu Lasten der interessierten Kreise erfolgen.

### **DIN e.V.**

Am DIN-Platz  
Burggrafenstraße 6  
10787 Berlin  
[www.din.de](http://www.din.de)

### **Kontakt:**

Sibylle Gabler  
Leiterin Regierungsbeziehungen  
Tel.: 030 2601-1112  
Fax: 030 2601-1115  
E-Mail: [sibylle.gabler@din.de](mailto:sibylle.gabler@din.de)

Die deutsche Bauwirtschaft steht vor vielfältigen Herausforderungen: technischer Fortschritt, Energiewende, Digitalisierung, Klimawandel, Migration, demographischer Wandel und die Debatte um bezahlbares Wohnen sind nur einige davon. Alle an Bauprojekten beteiligten Stakeholder sind gefordert, einen effizienten und verlässlichen Rahmen für das Planen, Bauen und Betreiben von Gebäuden zu gestalten. Normung und Standardisierung leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Sie konkretisieren die durch den Gesetzgeber vorgegebenen Schutzziele für Sicherheit, Umwelt und Gesundheit, definieren Produktanforderungen wie Mengen, Maße und Mischungsverhältnisse und beschreiben einheitliche Prüfverfahren, um die Einhaltung von Mindestanforderungen sicherzustellen. Normung macht das Bauen sicherer und wirtschaftlicher.

### **Normung entlastet die staatliche Regelsetzung.**

Normen beschreiben Regeln der Technik, die durch Anwendung zu anerkannten Regeln der Technik werden. Der Staat greift durch den Verweis auf Normen in Gesetzestexten zur Erfüllung grundlegender Anforderungen auf diese anerkannten Regeln der Technik zurück. Die Festlegung technischer Regeln wird damit den Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft übertragen, die diese Aufgabe am besten erfüllen können. Normung entlastet somit die staatliche Regelsetzung. Diese Zusammenarbeit zwischen Normung und Politik ist eine Form von „Public Private Partnership“ und bezeichnet ein Prinzip, das in der deutschen Normung seit 100 Jahren gelebt wird und seit über 40 Jahren im Normenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und DIN e.V. festgehalten ist. DIN sichert in der Normungsarbeit Transparenz, öffentliche Beteiligung und die Widerspruchsfreiheit des Normenwerkes.

Auf europäischer Ebene wird das Konzept seit 1985 im Rahmen der sogenannten „Neuen Konzeption“ umgesetzt. Die Normung ist hier Mittel zur Deregulierung, zum Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse und zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes.

Das deutsche Normenwerk umfasst zurzeit 3718 baurelevante Normen, die in den Normenausschüsse Bauwesen, Wasserwesen und Heiz- und Raumlufttechnik sowie deren Sicherheit erarbeitet wurden<sup>1</sup>. Diese Zahl beinhaltet rein nationale Normen und in das deutsche Normenwerk übernommene europäische und internationale Normen.

### **Deutsche Normungsroadmap Bauwerke: „Planen, Bauen, Betreiben“ gibt Antworten.**

Die technische Normung rückt, nicht zuletzt durch den Ergebnisbericht der Baukostensenkungskommission von November 2015, im Fokus der Debatte über steigende Baukosten und die Sinnhaftigkeit von Regelungen im Bauwesen sowie deren Dichte und Tiefe. Die großen Rationalisierungseffekte von nationaler und europäischer Normung geraten dabei in Vergessenheit.

Für die Überarbeitung des Baunormenwerks und dessen künftige Ausgestaltung bedarf es einer nationalen Strategie. Diese hat DIN mit der im Januar 2018 veröffentlichten „Normungsroadmap Bauwerke“, die unter Leitung des DIN-Präsidenten durch Mitglieder des DIN-Präsidiums sowie Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), der Bauindustrie, des Baugewerbes, der Bauproduktehersteller, der Städte und Gemeinden, der Bundesländer und der technischen Gebäudeausrüstung erar-

---

<sup>1</sup> Von den insgesamt 3718 baurelevanten Normen wurden 2238 Dokumente im Normenausschuss Bauwesen, 1195 Dokumente im Normenausschuss Wasserwesen und 285 Dokumente im Normenausschuss Heiz- und Raumlufttechnik sowie deren Sicherheit erarbeitet.

beitet wurde, vorgelegt. Sie beschreibt die heute üblichen Prozesse, identifiziert Probleme, benennt strukturelle Schwächen und zeigt Lösungsperspektiven auf. Auf dieser Grundlage werden mit den in den Normenausschüssen vertretenen interessierten Kreisen (z. B. Wirtschaft, Staat, Verbraucher) in einem strukturierten Prozess das existierende Normenwerk und alle Projekte hinterfragt und gemäß den definierten Kriterien (im Fokus stehen bspw. Relevanz und Wirtschaftlichkeit) auf den Prüfstand gestellt. Dabei ist zu beachten, dass technische Normen nie für sich alleine stehen, sondern stets im nationalen und internationalen, sowohl politischen, technischen als auch wirtschaftlichen Kontext betrachtet werden müssen. Die Roadmap zeigt daher auch Wege auf, wie sich die deutsche Position effektiv in die europäische Normung einbringen lässt, denn die Erarbeitung Europäischer Normen für den Baubereich erfolgt weitestgehend in dem 1961 gegründeten Europäischen Komitee für Normung (CEN).

Basierend auf dem in der Normungsroadmap Bauwerke identifizierten Handlungsbedarf wendet sich DIN mit folgenden unterstützenden Forderungen an den Gesetzgeber:

### **Eine aktive Beteiligung deutscher Stakeholder an der (europäischen) Normung ist essentiell und muss gefördert werden.**

DIN ermutigt die Anwender der Normen, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten im Normungsprozess verstärkt wahrzunehmen. Bund und Länder müssen sicherstellen, dass alle interessierten Kreise, insbesondere auch Kommunen, Träger des Bauordnungsrechts und die öffentliche Hand selbst, in die Lage versetzt werden, ihrer Verpflichtung zur aktiven Teilnahme an Normungsprozessen gerecht zu werden<sup>2</sup>.

Im europäischen Binnenmarkt ist es nicht zielführend, Abschottungstendenzen zu leben. Die Verankerung und Umsetzung von Projekten im europäischen Normungssystem muss daher Priorität haben. Die aktive Beteiligung Deutschlands an europäischen und internationalen Normungsarbeiten muss stetig ausgebaut und intensiviert werden, um die deutschen Interessen in den entsprechenden Normungsgremien nachhaltig zu vertreten und in neu zu erarbeitenden Dokumente einbringen zu können.

Normungsarbeit ist zeitaufwändig für die interessierten Kreise. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sehen darin Hürden für eine aktive Teilnahme. Um diese Hürden zu senken, stellt DIN seinen Mitgliedern seit dem 1. Januar 2018 je nach Unternehmensgröße ein bis fünf Gutscheine für kostenfreie Sitze in DIN-Normungsgremien zur Verfügung. Die durch die Teilnahme am Normungsprozess entstehenden Belastungen von KMU, Planern und Bauherren sollten darüber hinaus teilweise durch Bund und Länder ausgeglichen werden, beispielsweise durch finanzielle und organisatorische Hilfe zur Bildung von Expertenpools von KMU.

### **Die öffentliche Hand muss ihre Einflussmöglichkeiten auf europäische Entscheidungsgremien verstärkt wahrnehmen.**

Es bedarf einer breiten politischen Unterstützung auf europäischer Ebene in den Entscheidungsgremien der Europäischen Kommission (KOM). So ist unter anderem bei durch die KOM beauftragten Normen der Normungsauftrag zu prüfen und ggf. eine Überarbeitung durch die

---

<sup>2</sup> Siehe hierzu auch die europäische Normungsverordnung 1025/2012, Artikel 7: „Beteiligung von Behörden an der europäischen Normung: Die Mitgliedstaaten fördern, sofern angemessen, die Beteiligung von Behörden, einschließlich der Marktüberwachungsbehörden, an den nationalen Normungstätigkeiten zum Zweck der Erarbeitung oder Überarbeitung von Normen im Wege der Beauftragung durch die Kommission gemäß Artikel 10.“

Mitgliedsstaaten zu beantragen. Beratungsgremien, z. B. der Vorbereitende Ausschuss EG-Harmonisierung (VAEG), müssen als ein geeignetes Instrument zur gezielten Vertretung der Anliegen deutscher Stakeholder bei der KOM noch mehr erkannt und genutzt werden.

### **Der Gesetzgeber muss für rechtliche Klarstellungen und Planungssicherheit sorgen.**

Auf nationaler Ebene sollte die bauaufsichtliche Inbezugnahme von Normen in allen Bundesländern einheitlich erfolgen.

Die Anwendung einer Europäischen Norm wird problematisch, wenn ein der Norm widersprechendes nationales Schutzniveau für Bauwerke existiert. Der jeweilige Verordnungsgeber muss hier für rechtliche Klarstellung sorgen. Sofern mit Blick auf das europäische Verordnungswerk Defizite in Normen erkannt und nicht im Normungsverfahren beseitigt werden können, sind die vorgegebenen Eskalationsverfahren durch die Mitgliedsstaaten umgehend einzuleiten.

### **Folgekostenabschätzungen für Normen dürfen nicht zu Lasten der interessierten Kreise erfolgen.**

Normen gestalten das Bauen sicherer sowie strukturierter und berücksichtigen das Kriterium der Wirtschaftlichkeit. Zu Beginn jedes neuen Normungsvorhabens sowie bei der Überarbeitung bestehender Normen führt der zuständige Arbeitsausschuss bei DIN eine Relevanzprüfung des Vorhabens durch. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Diskussion zu Baukostensteigerungen hat DIN angeregt, das Normungsverfahren für baurelevante Normen so zu ergänzen, dass bereits im Rahmen dieser Relevanzprüfung eine erste Vorabschätzung der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit des Normungsverfahrens vorgenommen wird.

Eine Norm kann und sollte nicht grundsätzlich verworfen werden, falls sie Aspekte des Planens, Bauens oder Betreibens teurer macht. Die ermittelten Zahlen zur Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit bieten den beteiligten Gremien aber die Möglichkeit, abzuwägen, ob die Kosten und der aus der Norm entstehende Nutzen in einem richtigen Verhältnis stehen. Zudem erweitern sie für den Gesetzgeber die Grundlage für die Entscheidung, ob und wie weit in Gesetzen auf eine Norm verwiesen werden soll. Die finanziellen Aufwendungen für Maßnahmen zur Folgekostenabschätzung sollten daher nicht den interessierten Kreisen zur Last gelegt werden.

Gleichzeitig müssen die Chancen der Digitalisierung mit Blick auf die Senkung von Baukosten verstärkt genutzt werden. Building Information Modeling (BIM) bietet hierfür großes Potential. Die Bundesregierung sollte BIM als ein Querschnittsthema weiterentwickeln. Die Schaffung einheitlicher Europäischer und internationaler Normen zu BIM ist dabei unabdingbar.

### **Über DIN**

DIN e. V. ist die unabhängige Plattform für Normung und Standardisierung in Deutschland und weltweit. Als Partner von Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft trägt DIN wesentlich dazu bei, Innovationen zur Marktreife zu entwickeln und Zukunftsfelder wie Industrie 4.0 und Smart Cities zu erschließen. Rund 32.000 Experten aus Wirtschaft und Forschung, von Verbraucherseite und der öffentlichen Hand bringen ihr Fachwissen in den Normungsprozess ein, den DIN als privatwirtschaftlich organisierter Projektmanager steuert. Die Ergebnisse sind marktgerechte Normen und Standards, die den weltweiten Handel fördern und der Rationalisierung, der Qualitätssicherung, dem Schutz der Gesellschaft und Umwelt sowie der Sicherheit und Verständigung dienen. Weitere Informationen unter [www.din.de](http://www.din.de).